

VIVANT- Fraktion im  
Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Stellungnahme zur Regierungserklärung vom 18. September 2007 –  
Plenarsitzung vom 20.11.2007

Sehr geehrter Herr Präsident,  
Sehr geehrte Mitglieder des Parlamentes und der Regierung,

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

In der Einleitung zu Ihrer Erklärung zur Lage der Gemeinschaft bedauern Sie - zu Recht -, dass nach den föderalen Parlamentswahlen noch immer keine beschlussfähige föderale Regierung bestimmt wurde. Die VIVANT- Fraktion erkennt im Gerangel um eine neue föderale Regierung ein gefährliches **Armutszeugnis für die Parlamentarische Demokratie** in Belgien. Nicht das neu gewählte föderale Parlament, sondern die Parteiführungen haben die Macht. Dabei müsste es doch eigentlich so sein, dass jetzt die gewählten Parlamentarier, also das neue Parlament, in geheimer Wahl, zuerst den Premierminister und anschließend die verschiedenen Ressortminister unter Wahrung des Gemeinschaftsproporz wählen, und dass sie diese Wahl vollkommen unabhängig von den Parteizugehörigkeiten vornehmen können. Das was wir jetzt zulassen, ist keine parlamentarische Demokratie mehr. Es ist eine **Oligarchie**, welche dem Lobbyismus von Partikularinteressen Tür und Tor öffnet und in der deshalb das Allgemeinwohl oftmals mit Füßen getreten wird.

Nicht die Parlamente sondern die Regierungen arbeiten alle wesentlichen Gesetze und Dekrete aus, und auf Grund der bestehenden Praxis des offenen Abstimmungsmodus hat keine Regierung mehr das Votum des Parlamentes zu befürchten, die wesentlichen Entscheidungen sind längst im engen Kreis von Ministern und Parteiführungen gefallen. Dabei darf durchaus vorausgesetzt werden, dass jedes Parlamentsmitglied seine Verantwortung gegenüber den Wählern voll wahrnehmen möchte, und gemäß der eigenen Überzeugung und dem eigenen Gewissen entscheiden möchte: Diese Möglichkeit wird ihm aber durch **Parteidruck und Fraktionszwang** genommen.

Vielleicht findet ja das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Kraft zur Erneuerung und zu einer wirklich demokratischen Kontrolle ihrer Regierung. Dazu braucht es, werte Kolleginnen und Kollegen, nach Auffassung der VIVANT- Fraktion, keiner äußeren Veränderungen im Sinne eines zweiten großen und parallelen Verwaltungsapparates, neben den Ministerien, bzw. im Sinne von luxuriösen Büroräumen und Versammlungssälen, siehe der geplante Umzug in das ehemalige Sanatorium, sondern es braucht eine Erneuerung nach innen, im Sinne von Ehrlichkeit gegenüber der Bevölkerung und Verantwortungsbewusstsein gegenüber der zukünftigen Generation.

---

Bei der Auflistung des Maßnahmenkatalogs, Herr Lambertz, haben Sie die 447 Projekte und die insgesamt 2.280 Teilaufgaben angesprochen. Dieser Detailanstrengung in der DG, die ich deshalb hier nicht negativ beurteile, stelle ich trotzdem die Angaben von Michel Ardoullie, in einem Bericht des "Journal du Médecin" von Vorgestern über die Zustände in Afrika gegenüber: 46% der Kinder leiden unter Fehlernährung, ½ Million Frauen sterben während der Schwangerschaft und Geburt, 3 Millionen Tote an HIV, allein während der 3 Tage des letzten G8-Gipfels starben 90.000 Kinder an vermeidbaren Krankheiten. Und noch das Bild, welches der Autor schildert, und das er mit eigenen Augen gesehen hat, von den ca. 700

Straßenkindern in Dakar, die jeden Morgen um ein Stück Brot und um eine Tasse Bouillon anstanden.

Ich schildere das hier, nicht weil ich meine, dass die DG das Elend Afrikas beheben könnte, sondern weil ich davon überzeugt bin, dass jeder von uns, also auch die Deutschsprachige Gemeinschaft, sich selber in Relation stellen muss zum Ganzen, wenn wir möchten, dass unsere Kinder einen friedlichen Weg in die Zukunft gehen können.

Im Rahmen der Ausführungen zur kulturellen Identität haben Sie, Herr Lambertz, die notwendige **Solidarität mit den Schwächsten in der Welt** formuliert: Leider haben Sie dann aber die notwendigen richtigen Akzente, die Sie ansprachen, nicht weiter ausgeführt.

Keiner von uns möchte, das Tausende Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika in die DG kommen, aber ich gehe davon aus, dass auch keiner von uns bereit wäre, die eventuell zu Tausenden andrängenden Wirtschaftsflüchtlinge mit letzter Gewalt aufzuhalten, wenn sie denn über die luxemburgisch-belgische oder deutsch-belgische Grenze kommen würden. Mit anderen Worten, wir müssen Sorge tragen, dass alle Menschen in ihren Heimatländern überleben können. Zur lokalen, regionalen Entwicklungsmöglichkeit gehört auch dort, genauso wie bei uns, der **Zugang zur Energie**. Deshalb obliegt es auch der DG, die Energieautonomie mit erneuerbaren Energien vor Ort, so schnell wie möglich, beispielhaft für die Länder Afrikas, zu erreichen. DAS ist eine Zukunftsaufgabe par excellence, die sogar relativ schnell erfolgreich durchgeführt werden kann, und die, wie sie sagten, **„mit dem ersten Schritt beginnt“**, d.h. für mich, mit der Bewusstseinsveränderung bei der Wahrnehmung der Relationen und Prioritäten.

Bei der Vorstellung der 4 strategischen Herausforderungen, die kulturelle Identität stärken, der Veränderung und Veralterung der Gesellschaft begegnen, die Bildungsqualität steigern und den Standort Ostbelgiens festigen, haben Sie viele Verbesserungsmöglichkeiten und Absichtserklärungen formuliert. Zwar nicht allen, aber vielen dieser Vorschläge und Vorhaben kann die VIVANT- Fraktion ohne Bedenken zustimmen.

Für uns ist aber offensichtlich, dass zu deren Realisierung **sehr viel mehr an finanziellen Mitteln notwendig** sein wird, als der DG heute und in Zukunft zur Verfügung steht bzw. stehen wird. Irgendwann ist auch die letzte öffentliche Dienstleistung veräußert und das letzte öffentliche Gebäude per „p-p-p“ verkauft. Der Unterbau unseres Wegenetzes in die Zukunft, Herr Servaty, um bei Ihrem Vergleich zu bleiben, ist also viel weniger stabil, als wir alle uns das wünschen würden.

Auch im Rahmen der Standortsicherung der DG spreche ich deshalb nochmals die vielen **Regionalwährungsinitiativen** in Deutschland, deren Zahl ständig zunimmt, auch, wie ich hörte, jetzt in Österreich, an. Selbstverständlich können und sollen Regionalwährungen nicht den Euro ersetzen, aber sie schaden Niemandem, eröffnen im Gegenteil die Chance regionaler Wertsteigerung und vor allem, und das ist der Grund warum ich das Thema anspreche, sie bewirken ein Nachdenken und eine Bewusstwerdung der Bevölkerung über das Geldthema. Prof. Dr. Bernd Hamm, der Vorsitzende des Lenkungsausschusses des Vereins Lokale Agenda 21 Trier e.V. lädt Morgen von 14 bis 18 Uhr zu einem Arbeitsgespräch Regionalwährungen ein. Ich lese aus seiner Einladung: „Das Gespräch soll in einem kleineren Kreis die Meinungsbildung darüber befördern, ob die Einführung einer Regionalwährung der Entwicklung der **Region Eifel-Trier-Mosel-Hunsrück** dienlich sein kann, welche Variante am ehesten angemessen wäre und in welchen Schritten und welchen Organisationsformen dies geschehen könnte. Das Gespräch wird eingeleitet durch einige Kurzvorträge von erfahrenen Praktikern, die in der einen oder anderen Weise an der Einführung und der Verwaltung von existierenden Regionalwährungen beteiligt sind. Es wird ausreichend Zeit für Diskussion und Meinungsbildung bleiben.“

Ich wollte an dem Gespräch teilnehmen, bin aber kurzfristig aus familiären Gründen verhindert. Ich werde deshalb die mir zur Verfügung stehenden Unterlagen beim Parlamentspräsidenten hinterlegen, vielleicht ist ja jemand interessiert dorthin zu gehen. Vor einigen Tagen wurde bekannt, dass der frühere Präsident der Philippinen, Marcos, Milliardenbeträge in der Schweiz gehortet habe. Die Schweiz will solche Guthaben nun endlich in die betroffenen Länder zurückführen. Ich kenne über einen Bekannten in den Philippinen die dramatische Armutssituation dieses Landes, bedingt durch die fortschreitende Auslandsverschuldung des Staates. Es sind diese 2 Punkte: 1. der Zins und Zinseszinsmechanismus und 2. die Geldhoheit, d.h. die Möglichkeit neues Geld in den Wirtschaftskreislauf zu bringen, welche über das Schicksal der Menschen entscheiden, und zwar überall, auch in der DG! Wenn dem aber so ist, dann sollten die Menschen wenigstens darüber Bescheid wissen! Die VIVANT- Fraktion regt deshalb auch zu dieser Frage eine **Themendebatte im Parlament** an.

Ihre Aussage, Herr Ministerpräsident, Qualität in der Kulturarbeit sei nur in angepassten Infrastrukturen möglich, ist für uns aus mehreren Gründen nicht nachzuvollziehen. Zum einen wird seit Jahrzehnten qualitativ hoch stehende Kulturarbeit in den beiden Städten und in den Dörfern der DG durchgeführt - auch ohne aufwendige Kulturzentren. Zum anderen könnte man, nach unserer Auffassung, die, wegen ihrer Größe auch in der Folge finanziell aufwendigen Kulturzentren, doch nur dann bedenkenlos gutheißen, wenn es weder in der DG noch irgendwo sonst existenzielle Armut gäbe.

Dass die Energieeffizienz bestehender Sport- und Kulturinfrastrukturen verbessert werden soll ist natürlich zu begrüßen.

Die VIVANT- Fraktion stimmt Ihnen zu, dass der gesellschaftliche Wandel von vielen als Bedrohung empfunden wird. Sie hätten auch ohne Widerspruch sagen können, dass dieser Wandel tatsächlich eine enorme Bedrohung darstellt, nicht zuletzt wegen der nicht angemessenen nationalen und internationalen Lösungsansätze. Das gilt sowohl auf dem Arbeitsmarkt, wie auch für den Bestand der sozialen Sicherheit, ganz besonders gilt es für die zunehmende Verarmung der Gesellschaft und für die Verschuldung des Staates. Deshalb ist gerade hier die Untätigkeit der föderalen Entscheidungsträger im Sinne einer Ursachenbekämpfung vollkommen unverständlich und nicht annehmbar.

Selbstverständlich darf und soll, wie Sie es formulierten, soziale Leistung bzw. Solidarität in der Gesellschaft erwartet werden, sie ist unabdingbar, wie z.B. bei der angestrebten Ehrenamtlichkeit u.A. bei der Kinderbetreuung. Man muss jedoch annehmen, dass diese soziale Leistung nur dann auf Dauer und in genügendem Maß erbracht wird, wenn Alle an einem Strang ziehen, und wenn nicht so wie heute, eine immer kleiner und immer wohlhabender werdende Geldelite den Rest der Bevölkerung ausbeutet. Ich finde, Herr Ministerpräsident, dass bei der Abschaffung dieser Fehlentwicklung, insbesondere Ihre Partei bisher versagt, weil ja doch Ihre Partei traditionell vorgibt, und das ist gut, sich ganz besonders dem Wohl der kleinen und mittleren Einkommensschichten zu widmen.

Im Bereich der Jugendhilfe begrüßt die VIVANT- Fraktion die geplanten Maßnahmen. Ich greife auch hier das von Ihnen genannte Prinzip auf, dass **Vorbeugung besser ist als Behandlung**. Deshalb ist es zu begrüßen, wenn bereits früh in der Grundschule, und warum nicht auch schon im Kindergarten, Probleme erkannt und ganzheitlich – inklusive Elternfortbildung wo notwendig – angegangen werden sollen. Es ist ganz sicher auch gut, hierfür auf Spezialisten der Förderpädagogik zurückzugreifen. Dazu einige persönliche

Gedanken von einem Nichtexperten: Nichts hat bekanntlich mehr Erfolg als Erfolg: Deshalb sollte vielleicht eines der Ziele dieser Problemanalyse und Behandlung das Erreichen von **Erfolgslebnissen für jedes einzelne Kind** sein, ganz egal auf welchem Gebiet, damit das Kind dann auch auf den anderen Gebieten den Mut findet, um sein gesamtes Potenzial abzurufen.

Es stellt sich mir auch die Frage, ob die Problemkinder vorwiegend unter den Jungen anzutreffen sind, und ob dann **gemischte Klassen in den Anfangsjahren** das Richtige für die Jungen sind. Nach meinem Wissensstand, ich lasse mich aber gerne eines Richtigeren belehren, haben Jungen gegenüber den Mädchen in kognitiver und emotionaler Hinsicht eine zeitlich spätere Entwicklung als die Mädchen und wären demzufolge in gemischten Klassen während der ersten Jahre benachteiligt.

Sie haben auch die Grundlagen des **Lernens zu lernen** angesprochen. Es ist sehr gut, wenn diese Fragestellungen inzwischen sowohl an der Grundschule als auch im Sekundarschulwesen sehr viel wissenschaftlicher behandelt werden als zu meiner eigenen Zeit. Der angestrebten Steigerung der Qualität der Lehreraus- und Fortbildung so wie den weiteren vorgestellten Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung stimmt die VIVANT- Fraktion vollkommen zu.

Es ist begrüßenswert, dass Sie, Herr Lambertz, zwecks Stärkung der Wirtschaft in der DG, die Partner in der Grenzregion, aber auch und vor allem in der Wallonischen Region zur Zusammenarbeit bewegen wollen. Die VIVANT- Fraktion stimmt ganz besonders der Absichtsbekundung zu, progressiv in die **regionale Kreislaufwirtschaft** einzusteigen. Auch die beabsichtigte Förderung der **Landwirte als Energie- und Rohstoffwirte** ist eine langjährige Forderung von VIVANT- Ostbelgien. Hier hat der belgische Föderalstaat ja seit 2006 beispielhaft die Steuerbefreiung von reinem Pflanzenöl als Treibstoff beschlossen, so dass diese Verdienstschiene auch für die ost-belgischen Landwirte interessant ist. Die ganz aktuelle **Förderung der Photovoltaik durch die WR** sollte auch unseres Erachtens unbedingt durch die Regierung der DG genutzt werden.

Die VIVANT- Fraktion stimmt vielen Maßnahmen der Regierung zur Sicherung des wirtschaftlichen Standortes in der DG zu.

Trotzdem bleibt die Feststellung gültig, wonach ein fauler Stamm, trotz bester Veredelungstechniken und Pflege, auf die Dauer nicht überleben kann. Die Fäulnis unseres Wirtschaftsstammes besteht im derzeit praktizierten Schulgeldsystem. Ohne das notwendige Geld in der Hand der Produzenten können keine neuen Produkte erzeugt und keine neuen Dienstleistungen angeboten werden und es können ohne das notwendige Geld in der Hand der Konsumenten diese Produkte und Dienstleistungen auch nicht gekauft bzw. in Anspruch genommen werden. Wenn sich der Staat in unserem Geldsystem immer weiter bei den privaten Geldvermögen verschulden muss, dann muss er zwangsläufig immer höhere Steuern und Sozialabgaben bei den Steuerzahlern und bei den Betrieben fordern. Das ist so einfach wie 1+1 und erfordert keine höheren wirtschaftswissenschaftlichen Studien. Diesem Mangel können wir nur beikommen, also die Fäulnis in der Wirtschaft beheben, wenn der Staat endlich wieder, wie es sein muss, **die Geldhoheit**, d.h. die zinsfreie Schaffung des benötigten Geldes, entsprechend der Wirtschaftsleistung, übernimmt.

Herr Schröder, Sie haben ja völlig Recht mit der Aussage, dass es unannehmbar ist, wenn Menschen die unbedingt arbeiten möchten, keine Arbeit finden und dann verarmen und ausgegrenzt werden, und Sie fordern zu Recht Arbeitsplätze für alle. Aber konkret, wie soll das denn funktionieren? Die Industrie wird weiter automatisieren und rationalisieren: Dort werden also weitere Arbeitsplätze verloren gehen. Das Handwerk, die kleinen und mittelständischen Unternehmen könnten und können Arbeitsplätze schaffen, sie tun es aber nicht in dem Maße wie sie könnten, wegen der zu hohen Sozialabgaben und Steuern. Dort wo

wirklich Arbeitsplätze entstehen könnten, ja müssen, z.B. in der Sozialökonomie, in den Alten- und Pflegeheimen, den Krankenhäusern, in der häuslichen Pflege, aber auch im Unterricht, in der Ausbildung, in Lehre und Forschung, bei der Qualitätskontrolle, usw., dort müsste die öffentliche Hand aktiv werden. Das Geld welches die öffentliche Hand hierfür einsetzen müsste, wandert aber als Zins- und Zinseszahlung an die privaten Geldvermögen.  
Herr Ministerpräsident,

wenn Sie also schon, in Wirtschaftsfragen, bei der WR intervenieren, dann fordert die VIVANT- Fraktion Sie auf, diese Intervention gleichzeitig auch auf das Schuldgeldsystem auszudehnen – allerdings mit der gebotenen Umsicht, denn das allgemeine Unwissen zu diesem Thema ist tatsächlich noch riesengroß; und die VIVANT- Fraktion möchte ja nicht Ihre eventuelle spätere politische Karriere gefährden.

Zum Schluss greife ich den von Ihnen genannten Satz von Heraklit auf: “panta rhei“, “Alles fließt“. Ich meine nämlich wahrzunehmen, dass auch bei der Regierung der DG vieles in Fluss geraten ist. Das erfüllt mich mit einiger Zuversicht. Die VIVANT- Fraktion wird sich also weiter mit einbringen, damit dieser Fluss tunlichst in die richtige Richtung weiter fließt. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Joseph Meyer  
VIVANT- Fraktion